

**Themen dieser Ausgabe**
**Aktuelles**

Oppositionskritik am Bundeshaushalt 2011: Gefahr der „überproportionalen“ Männerförderung ..... 2

**Bund**

Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: Größerer Gender Pay Gap beim Lebenserwerbseinkommen ..... 5

Achter Familienbericht: Zeitkonzepte gesucht ..... 5

**zwd-Spezial Frankfurter Buchmesse 2010**

Interview: Mütter der Plaza de Mayo wurden zum Symbol des Widerstandes ..... III

Gastbeitrag Erna Pfeiffer: 200 Jahre und kein bisschen weiblich? – Streifzug durch die argentinische Literatur ..... IV

Autorinnen-Porträts V. Donda/E. Osorio: Lebenslügen vermeintlicher Eltern auf der Spur ..... VI

Norah Lange: Exzentrische Lyrikerin ..... VII

Victoria Ocampo: Mein Leben ist mein Werk ..... VII

Im Gespräch: Claudia Piñeiro, LiBeraturpreisträgerin 2010 ..... VIII

**Weltärztinnenkongress**

Gender-Medizin: Lehrbücher müssen neu geschrieben werden ..... 16

Medizinische Intervention: Internationale Strategien gegen häusliche Gewalt ..... 17

Weibliche Kriegsbeute: Die Schuld wird auf die Frauen abgewälzt ..... 20

**Impressum ..... II**
**Oppositionskritik am Bundeshaushalt 2011**
**Gefahr der „überproportionalen“ Jungen- und Männerförderung**

**zwd Berlin (tag).** Im kommenden Jahr wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit weniger Geld auskommen müssen. Waren für das Haushaltsjahr 2010 noch Gesamtausgaben in Höhe von 6,54 Milliarden Euro veranschlagt, beläuft sich das Finanzvolumen im Etat 2011 auf nunmehr 6,43 Milliarden Euro – also rund 106 Millionen weniger. Empfindliche Einschnitte betreffen dabei nicht allein das Elterngeld – der Rotstift wird auch bei den Fördermitteln für Maßnahmen der Gleichstellungs- und SeniorInnenpolitik angesetzt.

So plane die Regierung, für Familien- und Gleichstellungspolitik sowie für ältere Menschen rund sechs Millionen Euro weniger zu investieren als 2010, monierte Monika Lazar, frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, im Gespräch mit dem zwd. Dies zeige, dass „Gleichstellungspolitik anscheinend nicht zu den politischen Schwerpunkten der Bundesregierung gehört“.

**Intransparente Kürzungen**

Die konkreten Kürzungspläne seien nicht nachvollziehbar, lautet ein

**Auszug aus dem Bundeshaushaltentwurf 2011 des BMFSFJ\***

| in Millionen Euro:  | Ist 2009       | Soll 2010       | Soll 2011       |
|---|----------------|-----------------|-----------------|
| <b>Ausgewählte Maßnahmen zur Familien- und Gleichstellungspolitik</b>   | k. A.          | <b>105,6</b>    | <b>131,38</b>   |
| A. Aufgaben der Familien- und Gleichstellungspolitik sowie für ältere Menschen  | 49,70          | 42,50           | 39,66           |
| B. Umsetzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes   | 6,28           | 5,11            | 4,96            |
| C. Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern – Modellprojekte   | 22,52          | 19,00           | 16,00           |
| D. Sonstiges (Summe):   |                | 38,99           | 70,76           |
| ■ Förderung der Zivilgesellschaft (Ehrenamt, Selbsthilfe)   | k.A.           | 32,22           | 63,22           |
| ■ Institutionen-Zuschüsse: (Dt. Frauenrat, Verband allein erziehender Mütter und Väter, Dt. Zentrum für Altersfragen) | 2,58           | 2,68            | 3,45            |
| ■ Zuschüsse Müttergenesungswerk (überregionale Einrichtungen)   | 3,91           | 4,09            | 4,09            |
| <b>Antidiskriminierungsstelle des Bundes</b>  | <b>k.A.</b>    | <b>2,63</b>     | <b>2,86</b>     |
| A. Personalausgaben   | 1,11           | 1,01            | 1,18            |
| B. Sächliche Verwaltungsausgaben  | 1,91           | 1,50            | 1,49            |
| C. Ausgaben für Investitionen   | k.A.           | 0,02            | 0,06            |
| D. Ausgaben für Informationstechnik   | 0,17           | 0,10            | 0,13            |
| <b>Gesetzliche Leistungen für die Familie</b>   | <b>5327,88</b> | <b>5.435,75</b> | <b>5.278,23</b> |
| A. Erziehungsgeld   | 1,42           | 0,72            | 0,20            |
| B. Elterngeld   | 4.450,27       | 4.480,00        | 4.325,00        |
| C. Einlage in die Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“  | 97,03          | 97,03           | 92,03           |
| D. Kindergeld und Kindergeldzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz  | 506,26         | 538,00          | 541,00          |
| E. Ausgaben nach § 8 Abs. 1 des Unterhaltsvorschussgesetzes   | 272,90         | 320,00          | 320,00          |

\* Die veranschlagten Gesamtausgaben des BMFSJ-Etats 2011 betragen 6.437.000 Mio. Euro (2010: 6.543.092 Mio. Euro)

weiterer Kritikpunkt der Grünen. Die Intransparenz wird Lazar zufolge bei dem Haushaltsposten deutlich, mit dem Projekte für Familie, Gleichstellung und Ältere gefördert werden sollen (vgl. Tabelle Seite 2, Position A). Er umfasst rund 40 Millionen Euro. Wie sich aber die vorge-sehene Summe auf die drei Bereiche verteilt, geht aus dem Haushaltsplan des BMFSFJ-Ressorts (Einzelplan 17) nicht hervor.

Das Fehlen eines eigenständigen Kapitels für den Bereich Gleichstellung beklagte Christel Humme, Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe Gleichstellungspolitik ihrer Fraktion. Großes Bedauern äußerten Humme wie auch Parteikollegin Caren Marks, Fraktions-sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Familie, Senioren, Frauen und Jugend, über die endgültige Einstellung der Fördermittel für das GenderkompetenzZentrum in Berlin.

### Drei gleichstellungspolitische Arbeitsschwerpunkte geplant

Haushaltsmittel im Bereich Gleichstellungspolitik will die Bundesregierung nach zwd-Informationen für Maßnahmen in den drei folgenden Themenfeldern ausgeben: 1. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben, 2. Abbau von geschlechtsbedingten Gefährdungen und die Unterstützung von Frauen in Notlagen, 3. Schaffung von neuen Perspektiven für Jungen und Männer.

Um die Förderung von Maßnahmen zur Verringerung des Entgeltgefälles wie dem freiwilligen Lohn-testverfahren Logib-D und dem Projekt „Gehaltsverhandlungen beim Wiedereinstieg“ geht es im ersten Themenfeld. Auch das Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ ist hier angesiedelt, weil es einen Beitrag dazu leistet, Frauen nach mehr-jähriger Erwerbsunterbrechung Arbeitsmarktperspektiven zu eröffnen und die Folgen familienbedingter Er-

werbsunterbrechungen abzufedern. Im Kampf gegen Gewalt an Frauen verspricht sich Schwarz-Gelb viel von einer bundesweiten Notrufnummer, die 2011 freigeschaltet werden soll. Rund eine halbe Million Euro sind hierfür eingeplant. Frauen in Gewalt-situationen erhielten damit im Rahmen des zweiten Förderschwerpunktes ein „qualifiziertes und rund um die Uhr erreichbares Erstberatungs- und Weitervermittlungsangebot“.

Stärker als in den zurückliegen-den Jahren will Familienministerin Kristina Schröder (CDU) im Haushalt ihres Ressorts die Gleichstellung von Jungen und Männern in den Förder-Fokus rücken – mit Programmen wie „Männer in Kitas“ und einem Boys' Day, der 2011 erstmalig bundesweit stattfindet.



Foto: Grüne-Fraktion



Foto: spdfraktion.de



Foto: Jörn Schultze



Foto: spdfraktion.de

Im Uhrzeigersinn: Monika Lazar (Grüne), Caren Marks und Christel Humme (beide SPD) sowie Steffen Bockhahn (Die Linke)

### Warnung vor der „Abseitsfalle“ für Frauenförderung

Dass die bereits im Koalitionsvertrag von Union und FDP angekündigte „eigenständige Jungen- und Männerpolitik“ nun immer stärker von Schröder vorangetrieben wird, registrieren die grünen Abgeordneten mit einigem Unbehagen.

Fortsetzung auf Seite 4

## Blickpunkt

### Frauenhände für Frauenhaar

(zwd). Ein weitgehend unbemerkter Nebeneffekt des Nah-Ost-Konflikts ist die fortschreitende Islamisierung des Gaza-Streifens, die vor allem Frauen zunehmend entrechtet. Damenfriseurinnen müssen sich eine neue Arbeit suchen. Denn Frauenhaar darf nur noch von Frauenhänden berührt werden. Neu auf der Verbotsliste für Frauen auch: Motorradfahren und Rauchen von Wasserpfeifen in der Öffentlichkeit. So genannte Züchtigungspatrouillen treten auf den Plan, wenn Frauen allein und/oder ohne Kompletterhüllung samt Kopftuch, das auch nicht das kleinste Härchen frei lässt, auf der Straße angetroffen werden. Jüngste Anordnung des ultrakonservativen Quasi-Innenministers Fathi Hamad (vier Ehefrauen!) ist das Verbot, in Schaufenstern „unzüchtige Auslagen“ darzubieten, was sich beileibe nicht nur auf Unterwäsche, sondern auch auf „provokative Damenoberbekleidung“ bezieht.

Der Hamas-Mann hat auch ein Sommerkinderlager der UN-Flüchtlingshilfe untersagt, weil dies als Konkurrenz zu den Hamas-Sommerlagern gilt, in denen Kinder nach Art von militärischen Trainingslagern indoktriniert werden. Wer stoppt diesen wild gewordenen Islamisten, der nicht davor zurückschreckte, sich im Kampf gegen die israelische Armee mit dem Einsatz von Frauen und Kindern als menschliche Schutzschilde zu brüsten? Die Bemühungen um einen Friedensprozess in Nahost dürfen die Wahrung von Frauenrechten nicht ausklammern. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen muss vielmehr mit ganz oben auf der Agenda stehen. EU, bitte übernehmen!

Karin Junker



## Kurz notiert

**Zwangsverheiratungen:** Nach dem Willen der Grünen-Bundestagsfraktion soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Rechte von Opfern von Zwangsverheiratung vorlegen. Die Abgeordneten fordern in ihrem Antrag (BT-Drs. 17/2491), dass Zwangsverheiratung im Aufenthaltsgesetz als Härtefall anerkannt wird. Dann könnten Frauen vorzeitig ein eigenständiges, von ihrem Mann unabhängiges Aufenthaltsrecht erhalten. Die Fraktion plädiert zudem für eine dauerhafte Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Zwangsverheiratung". Im Bereich der Prävention soll die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern sowie Frauen- und Migrantenorganisationen Aufklärungskampagnen entwickeln und finanzieren. (zwd)

**Beschäftigung Älterer:** Im Juni 2009 waren 33.800 Frauen im Alter von 64 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter 16.800 in Vollzeit. Noch im Jahr 2000 lag ihre Anzahl bei 10.963. Einen besonders deutlichen Anstieg gab es im Jahr 2008. Hier kletterte die Zahl der 64-jährigen weiblichen Beschäftigten von rund 18.300 auf 29.100. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 17/2271) auf eine große Anfrage der Linken-Fraktion hervor. Die Erwerbstätigenquote der zwischen 60- und 65-jährigen Frauen lag 2008 bei 35 Prozent, die Quote der zwischen 55- und 60-Jährigen war mit 68 Prozent fast doppelt so hoch. (zwd)

**Orchester:** Der Frauenanteil beim Deutschen Symphonie Orchester Berlin liegt bei 36 Prozent, beim Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin bei 33 Prozent. Dies teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort (BT-Drs. 17/2137) auf eine kleine Anfrage der Grünen-Fraktion mit. Der Frauenanteil in diesen beiden Orchestern liegt damit im Bundesdurchschnitt, der nach Angaben der Deutschen Orchestervereinigung 35 Prozent beträgt.

Fortsetzung von Seite 3

Oppositionspolitikerin Lazar warnte, die „überproportionale Förderung“ von Jungen und Männern“ berge die Gefahr, dass künftig zu wenig Mittel für Mädchen und Frauen bereitgestellt werden. Die prinzipiell sinnvolle Einbeziehung von Förderprojekten für die männliche Zielgruppe dürfe nicht zu Lasten der Mädchen- und Frauenförderung gehen.

## Eltern zu „Sparschweinen der Nation“ gemacht

Die beim Elterngeld vorgesehenen Sparpläne führten dazu, dass Eltern zu „Sparschweinen der Nation“ gemacht würden, so die SPD-Abgeordnete Marks. Statt „vollmündiger Ankündigungen“ Schröders, die Partnermonate beim Elterngeld auszuweiten, drohten nun völlig unsoziale Kürzungen, beispielsweise die komplette Anrechnung – also die faktische Streichung – des Elterngeldes bei EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II. Als ungerecht bewertete Marks auch, dass für kleine und mittlere Einkommen die Lohnersatzrate von 67 auf 65 Prozent gesenkt werden soll, während hohe Einkommen unangetastet bleiben: Das Höchsteltern-geld von 1.800 Euro wird nicht gekappt. Diese Pläne lehnt die SPD-Bundestagsfraktion ab und setzt stattdessen auf die Förderung von Partnerschaftlichkeit. Paare, die gleichzeitig arbeiten und sich um ihr Kind kümmern, dürften nicht weiter benachteiligt werden. Bislang erschöpft sich der gesamte Elterngeldanspruch mit dem siebten Monat, wenn beide Eltern gemeinsam ihre Arbeitszeit und damit ihr Einkommen um die Hälfte reduzieren.

## Frauen als Leidtragende

Ähnlich wie die SozialdemokratInnen kritisiert auch die Linksfraktion

den Sparkurs beim Elterngeld. Nach Einschätzung von Steffen Bockhahn, Mitglied im Haushaltsausschuss für die Bundestagsfraktion Die Linke und dort zuständig für den BMFSFJ-Etat, wirkt sich die „unsoziale Politik der Regierung“ besonders negativ auf Frauen aus: „Für Hartz IV-Empfängerinnen sollen die 300 Euro Mindesteltern-geld als Einkommen angerechnet und damit faktisch gestrichen werden – Geld, das schon jetzt zu knapp bemessen ist und ihnen bitter fehlen wird.“ Nicht-erwerbstätige Mütter hingegen, die das traditionelle Familienmodell leben, dürfen das Mindesteltern-geld behalten, beanstandete Haushaltspolitiker Bockhahn. Er wies darauf hin, dass die „Einführung verschiedener Maßstäbe für Eltern mit unterschiedlichen Einkommenssituationen“ auch

vom Deutschen Juristinnenbund abgelehnt werde – aus verfassungsrechtlichen Gründen.

„AufstockerInnen“ nicht betroffen

## „AufstockerInnen“ nicht betroffen

Geht es nach Familienministerin Schröder, sollen Geringverdienende, die zusätzlich Hartz IV-Leistungen erhalten, doch Elterngeld bekommen. In

der Kabinettsvorlage der Bundesregierung ist eine Regelung, welche die „AufstockerInnen“ von den Elterngeld-Sparplänen ausnimmt, bereits enthalten. Wer vor der Geburt des Kindes einen Teil seines Einkommens selbst erarbeitet habe, müsse dafür Elterngeld erhalten, sagte Schröder Mitte August in einem Interview mit der Bild am Sonntag. Nach ihren Worten dürfen Väter und Mütter – „die nicht von Hartz IV leben wollen, deshalb jeden Tag arbeiten gehen, aber insgesamt zu wenig verdienen“ – nicht bestraft werden. ■



Bundshaushalt 2011



Familienministerin Schröder will so genannte „AufstockerInnen“ vom Rotstift verschonen